



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen  
des Bundesverbands Deutscher Milchviehalter e. V.**

**7. August 2017**

## **Milchviehalter-Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017**

Wir, die Milchviehalter in Deutschland, haben an die Politik wichtige Zukunftsfragen. Einmal mehr hat sich in den letzten Jahren ein Veränderungsbedarf in der Agrarmarktpolitik herausgestellt und bestätigt, drei Milchmarktkrisen seit 2009 zeigen überdeutlich diese Notwendigkeit. Die Verknüpfung des 2. EU-Hilfspakets mit einer zeitlich befristeten Mengendisziplin war beispielsweise eine überfällige politische Entscheidung, die auf den Milchmarkt bis heute eine positive Marktwirkung hat.

### **1. Milchmarkt**

Die Milchmarktkrisen haben nachhaltig negative wirtschaftliche Folgen für die Milchviehbetriebe. Um beispielsweise die Rückzahlung der im Rahmen des 1. EU-Hilfspakets beanspruchten Liquiditätsdarlehen leisten zu können, werden vermehrt Umschuldungen vorgenommen. Das aktuelle Milchpreisniveau ermöglicht zwar die Deckung der Direktkosten, an Zahlungen für fällige Tilgungsraten, eine Rücklagenbildung für Zukunftsinvestitionen und Risikovorsorge oder der Aufbau einer entsprechenden Altersversorgung sind jedoch nicht zu denken.

Ein weiteres Problemfeld ist die sehr schwache Marktstellung der Milchviehalter. Im Sachstandsbericht des Bundeskartellamtes wurden die Defizite deutlich aufgezeigt.

#### **1. Wie steht Ihre Partei den Forderungen der Milchviehalter nach einer Erweiterung des Sicherheitsnetzes für den EU-Milchmarkt um zeitlich befristete Mengenebegrenzungsmaßnahmen im Falle schwerer Marktverwerfungen gegenüber?**

##### **Antwort**

Das Ziel von CDU und CSU ist eine zukunftsfähige, gute und stabile Entwicklung der Milchviehhaltung in Deutschland. Für uns war es selbstverständlich, den in Bedrängnis geratenen Milcherzeugern in der Preiskrise zu helfen. Beispielhaft sind die Bürgschaftsprogramme zur Liquiditätssicherung, die erhöhten Zuschüsse zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung und die Ausweitung der steuerlichen Gewinnglättung durch die Verlängerung des Gewinnermittlungszeitraums von derzeit zwei auf künftig drei Jahre zu nennen.

CDU und CSU werden deshalb auch weiterhin helfen, wenn unsere Bauern in existentieller Bedrängnis sind. Unser Ziel ist aber die bessere individuelle Vorsorge für Markt- und Wetterrisiken durch wirtschaftliche Lösungen. Marktpreise müssen fair sein und den Erzeugern ein auskömmliches Einkommen ermöglichen. Die Markt- und

Produktionsrisiken dürfen nicht beim Erzeuger alleine liegen. Wir wollen die Bedingungen in der Lieferkette verbessern und die Marktverantwortung von Verarbeitungsebene und Handel fördern. Auf EU-Ebene setzen wir uns für eine Verbesserung der Kriseninstrumente ein. Dabei werden wir selbstverständlich auch die Evaluierung der Wirksamkeit der Mengendisziplin, die aktuell vom Thünen Institut vorgenommen wird, berücksichtigen.

**2. Sieht Ihre Partei die Verantwortung für die entsprechende Anpassung der Angebotsmenge an die Nachfrage alleine in der Branche?**

**Antwort**

Die Milchwirtschaft ist gefragt, ihre Lieferbeziehungen neu zu ordnen. Denn nach dem Auslaufen der Quotenregelung ist die Marktgestaltung Aufgabe der Milcherzeuger, Molkereien und der Lebensmittelkette. Dabei muss über eine von der Branche selbstverantwortete Mengensteuerung diskutiert werden. Erzeuger und Molkereien müssen die Milchmenge stärker molkereichspezifisch koordinieren. Nur so können Marktverwerfungen gemindert und große Schwankungen des Milchpreises abgemildert werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine Lockerung der Andienungs- und Abnahmeverpflichtung von Molkereigenossenschaften dabei hilfreich sein kann.

**3. Wie stehen Sie zur Gründung von Branchenverbänden/-Organisationen? Wie ist aus Ihrer Sicht die „Branche“ zu definieren und welche Befugnisse müssten eine entsprechende Branchenorganisation Milch zugesprochen bekommen?**

**4. Frage an die Befürworter von Branchenorganisationen:  
Marktkrisen sind immer globale Marktkrisen. Wie kann/soll über eine nationale Branchenorganisation Einfluss auf den globalen Markt genommen werden?**

**Gemeinsame Antwort für Fragen 3 und 4**

Wir wollen Krisen auf dem Milchmarkt in Zukunft möglichst verhindern, zumindest sollen sie von den Bauern besser bewältigt werden können. Dafür sind strukturelle Veränderungen notwendig, für die wir die Voraussetzung geschaffen haben. So wurde der Milchwirtschaft z. B. erleichtert, Absprachen zwischen Landwirten und Molkereien zu treffen und einen Branchenverband zu gründen. Ein solcher Branchenver-

band könnte Aufgaben im Bereich Innovation und Forschung wahrnehmen, aber auch bezüglich Angebotsfragen wirken. Diese Möglichkeiten müssen nun genutzt werden.

**5. Sehen Sie bei der Verbesserung der Marktstellung der Milchviehhalter politischen Handlungsbedarf oder ist das eine Aufgabe ausschließlich der Marktpartner?**

**Antwort**

Die Stellung der Landwirte in der Vermarktungskette muss gestärkt werden. National haben wir das Kartellgesetz verschärft (Anzapfverbot und Verkaufsverbot unter Einstandspreis) und das Agrarmarktstrukturgesetz novelliert. Wir unterstützen Erleichterungen bei der Bildung von Erzeugergemeinschaften, mehr Markttransparenz sowie Maßnahmen gegen unlautere Handelspraktiken.

Auf europäischer Ebene unterstützen wir die EU-Kommission bei der Initiative „Verbesserung der Funktionsweise der Nahrungsmittelversorgungskette“. Diese hat das Ziel einer gerechteren, solideren und transparenteren Wertschöpfung in der Nahrungsmittelkette und die Einkommen der Landwirte zu verbessern. Dabei geht z. B. um die Folgenabschätzung der von der „Task-Force Agrarmärkte“ empfohlene Einführung einer verbindlichen Preisberichterstattung entlang der Lebensmittelkette sowie die Bereitstellung aktuellerer, stärker standardisierter Daten und die Prüfung einer Beschwerdeinstanz bei einem unabhängigen Schiedsgericht.

Damit die Milcherzeuger besser mit Marktschwankungen umgehen können, werden wir außerdem die Gewinnglättung zu einer dauerhaften Risikoausgleichsrücklage fortentwickeln. Die Betriebe sollen in guten Jahren steuerfrei für Jahre mit Einbrüchen zurücklegen können. Diese Risikorücklage soll anders als die Tarifglättung entsprechend der betrieblichen Situation individuell gebildet und aufgelöst werden können. So wollen wir die Eigenvorsorge der Betriebe stärken und ebenfalls ihre Fähigkeit, Investitionen zu tätigen.

## **II. Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP 2020**

Die Diskussionen um die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik 2020 und der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) werden bereits intensiv geführt. Der BDM e.V. sieht im Zusammenhang mit der GAP 2020 die Möglichkeit, die Landwirtschaft nachhaltig fit zu machen für die zahlreichen Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft. Es geht um die Zukunft vitaler ländlicher Räume, Schaffung von Wertschöpfung und den Erhalt von vielen Arbeitsplätzen.

Mit der bisherigen starken Konzentration der GAP auf die Verteilung von Agrargeldern wird weder die schon in den römischen Verträgen genannte Zielsetzung, ein entsprechendes Pro-Kopf-Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung für eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten, noch eine Stabilisierung der Märkte erreicht. Aus Sicht des BDM muss zunächst mit der Weiterentwicklung der GMO hin zu wesentlich stabileren Märkten die Möglichkeit geschaffen werden, das Haupteinkommen aus dem Verkauf der Produkte erzielen zu können. Nur wenn hier wichtige Reformschritte unternommen werden, kann man die GAP 2020 so gestalten, dass die vielfältigen Ziele der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik erreicht werden. Die Bäuerinnen und Bauern haben dann den finanziellen Spielraum, tiefgreifende Veränderungen der GAP nicht nur mitzutragen, sondern auch umzusetzen.

### **1. Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, sich bei der Weiterentwicklung der GAP 2020 auf Veränderungen in der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) zu konzentrieren?**

#### **Antwort**

Nein.

Für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ist unser Ziel, die Zukunftsperspektive der ländlichen Regionen zu sichern und das europäische Modell einer flächendeckenden und wirtschaftlich nachhaltigen Landbewirtschaftung zu erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die finanzielle Ausstattung der GAP dies gewährleistet und sich stabil entwickelt.

Auch in der neuen Förderperiode muss die GAP die landwirtschaftlichen Betriebe deshalb zielgerichtet unterstützen und unser europäisches Modell der multifunktionalen Landwirtschaft sichern. D. h., sie muss dafür sorgen, dass Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- und Tierfreundlichkeit sowie die Entwicklung des ländlichen Raums miteinander verbunden werden.

- 2. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, wie die GAP 2020 sozial gerechter gestaltet werden kann und die besonderen Leistungen der Tierhalter für die Vitalität der ländlichen Räume mehr Anerkennung erhalten?**

**Antwort**

Wir wollen die Direktzahlungen zielgenauer auf landwirtschaftliche Betriebe in Familienverantwortung ausrichten und auch die flächengebundene Tierhaltung und regionale Wertschöpfung stärken. Wir wollen keine gekoppelte Prämie, aber eine faire Teilhabe der Tierhalter an den Mitteln der ersten Säule. Zudem sollen insbesondere aktive Landwirte, Junglandwirte und kleinere und mittlere Betriebe stärker gefördert werden.

- 3. Ist Ihre Partei der Ansicht, dass die wirtschaftlichen Probleme der Landwirtschaft mit einer anderen Verteilung der Agrargelder/Direktzahlungen gelöst werden können?**

**Antwort**

CDU und CSU stehen für Kontinuität in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und für die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells. Wir treten auch in der neuen Förderperiode für die Fortführung der Direktzahlungen ein. Sie sind eine unverzichtbare Basisabsicherung für unsere Landwirte. Die Unionsfraktion ist den Bauern ein verlässlicher Partner (siehe auch Antwort auf Frage 2).

- 4. Gibt es in Ihrer Partei Gedanken, wie der mit der Beantragung der Agrargelder verbundene sehr große Bürokratie- und Kontrollaufwand abgebaut werden kann?**

**Antwort**

Den Betrieben soll mehr Zeit für Stall und Acker bleiben. Deshalb wollen wir den bürokratischen Aufwand für Verwaltung und Betriebe reduzieren. Notwendig sind weniger Detailregelungen und eine besseren Aufgabenteilung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten. Wir brauchen mehr Ausnahmeregelungen für kleine Betriebe und müssen Mehrfachkontrollen verhindern.

5. **Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei, den Erhalt von Agrargeldern zukünftig mit konkret zu benennenden Leistungen der Landwirtschaft für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu verknüpfen?**

**Antwort**

Für CDU und CSU bleibt die wichtigste Aufgabe der EU-Agrarpolitik, dafür zu sorgen, dass die Landwirtschaft qualitativ hochwertige und gesunde Lebensmittel erzeugt. Zusätzlich rücken aber mehr denn je die effiziente Nutzung und der Schutz der natürlichen Ressourcen in den Fokus. Über Anreize anstelle bürokratischer Vorschriften wollen wir die GAP deshalb noch umweltfreundlicher gestalten.

### **III. Wahrheit und Klarheit bei der Produktkennzeichnung**

In Zeiten zunehmender Sensibilisierung eines größer werdenden Teils der Verbraucher und der Medien sollte eine Herkunftsbezeichnung aller für ein Fertigprodukt verwendeter Herstellungsbestandteile eine Selbstverständlichkeit sein. Es grenzt an Verbrauchertäuschung, wenn als Herkunft eines Produkts nur die Stätte des letzten Verarbeitungsschritts angegeben, nicht jedoch die Herkunft der einzelnen Bestandteile des Produkts gekennzeichnet werden muss. Jede Initiative der Milchviehalter für ein klares Kennzeichnungsrecht ist jedoch bisher am Widerstand der Molkereiwirtschaft und ihr nahestehender Verbände gescheitert. Eine hochwertige Vermarktung der Milchprodukte ist nur dann möglich, wenn deren Zutaten hochwertig sind und die Verbraucher entsprechendes Vertrauen in die Produkte setzen können

1. **Unterstützt Ihre Partei die Bestrebungen des BDM und seiner Mitglieder für eine klare Produktkennzeichnung?**

**Antwort**

Die Verbraucher möchten immer stärker wissen, wie ihre Lebensmittel erzeugt werden und wo sie herkommen. Wir haben bereits das „Regionalfenster“ eingeführt, mit dem gekennzeichnet werden kann, woher die einzelnen Anteile der Lebensmittel stammen. Das Regionalfenster wollen wir noch stärker bekannt machen und bauen zudem auch insgesamt die Regionalkennzeichnung weiter aus. Auch setzen wir uns bei der EU für die Einführung von Mindeststandards von Regionalsiegeln ein.

Zudem wollen wir eine verbindliche Regelung der Herkunftskennzeichnung auf EU-Ebene, auch bei Milch. Bei Obst und Gemüse, bei unverarbeitetem und vorverpack-

tem Fleisch ist die Herkunftsangabe bereits Pflicht. Auch sollte über alle Stoffe, die im Produktionsprozess zum Einsatz gekommen sind, informiert werden.

Wir wollen eine klare Unterscheidung zwischen vegetarischen und nicht vegetarischen Lebensmitteln. Es darf keine Irreführung durch Bezeichnungen wie Milch, Rahm, Sahne, Butter, Käse oder Joghurt bei pflanzlichen Produkten geben. Insofern begrüßen wir das klarstellende Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Juni 2017 zum europaweiten Bezeichnungsschutz für Milch- und Milchprodukte

Für CDU und CSU gilt: Es muss draufstehen, was drin ist und drin sein, was draufsteht.

#### **IV. Tierwohl**

Die Debatten um mehr Tierwohl sind in vollem Gange, neben einer Vielzahl von Labeln drängt der Lebensmittelhandel die Urproduzenten zur Akzeptanz unterschiedlicher firmeneigener Programme. Die Umsetzung der Anforderungen ist sehr oft mit größeren Investitionen in die Haltungssysteme verbunden.

##### **1. Wie soll aus Sicht Ihrer Partei der anvisierte Umbau der Haltungssysteme zu mehr Tierwohl finanziert werden?**

###### **Antwort**

Wir wollen die Tierhaltung kontinuierlich weiterentwickeln. Ziel sind Lösungen, die das Wohl der Tiere in der gesamten Breite weiter verbessern. Dafür ist eine nationale Nutztierstrategie notwendig, die Planungssicherheit über Abschreibungszeiträume schafft und verbindlich klärt, wie die höheren Anforderungen finanziert werden.

Hier ist auch und insbesondere der Handel gefragt. Verbesserungen im Tierschutz können schließlich nur dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie sich wirtschaftlich für den einzelnen Betrieb rechnen. Wir wollen, dass die Tierhalter ihr Geld grundsätzlich am Markt verdienen und höhere Leistungen im Tierschutz zu mehr Erlösen führen.

Gleichzeitig sind Änderungen im Bau- und Umweltrecht notwendig, um Zielkonflikte aufzulösen. Bauern sollen ihre Ställe ohne große Hürden tierfreundlich umbauen können. Stallneu- und -umbauten mit hohen Tierschutzstandards werden wir ver-



stärkt unterstützen und die Privilegierung im Außenbereich erhalten. Wir intensivieren Forschung und Entwicklung. Besonders wichtig sind praxistaugliche Alternativen zu den nicht-kurativen Eingriffen. Auch sollen unsere hohen Standards in ganz Europa Gültigkeit erlangen, damit Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.

## **2. Wie steht Ihre Partei zur Vielzahl der sich auf dem Markt befindlichen Labeln?**

### **Antwort**

Verbraucher sollen Tierwohl sicher erkennen können. Deshalb wollen wir ein freiwilliges staatliches Tierwohllabel als Teil einer nationalen Nutztierstrategie. Die Einführung eines neuen staatlichen Tierwohllabels kann dazu beitragen, das Tierwohl zu erhöhen und die Marktchancen der betreffenden Betriebe zu verbessern, indem den Verbrauchern eine verlässliche Orientierung gegeben wird. Die Weiterentwicklung im Tierschutz muss praxistauglich sein und darf insbesondere kleine und mittlere Betriebe nicht überfordern.

Gleichwohl bleibt es anderen Organisationen unbenommen eigene Label anzubieten. Um die Übersichtlichkeit für die Verbraucher zu erhöhen, fördert die unionsgeführte Bundesregierung Label- Bewertungsportale, wie das von der Verbraucherinitiative betriebene "label-online".

## **3. Wie können Milchviehbetriebe, die vor allem in kleinstrukturierteren Regionen ihre Rinder noch in Anbindehaltung haben, in ihren Bestrebungen, die Haltungsbedingungen zu verbessern, durch die öffentliche Hand unterstützt werden?**

### **Antwort**

Immer mehr Betriebe entscheiden sich für Ställe und Haltungsformen mit mehr Bewegungsfreiheit für Milchkühe. CDU und CSU begrüßen diesen Trend. Wir setzen in diesem Bereich weiter auf freiwillige Anreize im Rahmen der Investitionsförderung. Wir fördern bereits jetzt verlässlich Investitionen der Landwirte und geben Anreize für besonders tierschutzgerechte Stallbauten.

**4. Bedarf es aus Sicht Ihrer Partei eines generellen Verbots der Anbindehaltung?**

**Antwort**

Ein generelles Verbot lehnen wir ab, da hiervon insbesondere kleinstrukturierte Milchviehbetriebe negativ betroffen wären. Ein rein nationales Verbot würde zudem die Wettbewerbsfähigkeit vieler unserer kleineren Milchbauern in der EU gefährden.